

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Datum: Wed, 01 Sep 2021 13:47:32 +0200



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP



Sehr geehrte Frau Schnackenberg,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?

Die epidemische Lage von nationaler Tragweite sollte nur Situationen umfassen, die außergewöhnliche und krisenhafte Ausnahmesituationen sind. Das betrifft insbesondere die bestehende oder drohende Überlastung des Gesundheitssystems. Wir halten die Voraussetzungen jedoch schon seit geraumer Zeit für nicht mehr gegeben.

Daher hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag die Beendigung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite gefordert (vgl. [„Epidemische Lage von nationaler Tragweite geordnet beenden – Bevölkerung weiter schützen, Parlamentsrechte wahren“ BT-Drs.-19/30395](#)).

Werden Sie sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass alle Einschränkungen durch das die sogenannte Bundesnotbremse (IfSG §28b) im Zusammenhang mit inzidenzabhängigen Beschränkungen für Kinder- und Jugendliche sofort aufgehoben werden?

Der Inzidenzwert allein kann - insbesondere angesichts der steigenden Anzahl vollständig gegen COVID-19 geimpfter Personen - nicht länger das entscheidende Maß für Beschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Corona-Pandemie sein. Zur vollständigen Betrachtung des Verlaufs der Pandemie und ihrer Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem müssen

vielfältige weitere Faktoren, wie beispielsweise die Hospitalisierungsrate, die Impfquote und die lokale Dynamik des Infektionsgeschehens betrachtet werden. Eingriffe in Freiheitsrechte müssen sich an all diesen Faktoren orientieren. Pauschale Schulschließungen ab bestimmter Inzidenzwerte, wie beispielsweise in § 28b Abs. 3 IfSG ab einem Inzidenzwert von 165 vorgesehen, lehnen wir ab. Wir Freie Demokraten wollen, dass Schulen mit Luftfiltergeräten so ausgestattet werden, dass vollständiger Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf ermöglicht wird. Die Einhaltung von Hygienekonzepten, beispielsweise durch das Tragen von Masken oder dem regelmäßigen Durchführen von Schnelltests, kann den Präsenzbetrieb darüber hinaus pandemiefest machen.

Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder (UN-Kinderrechtskonvention) im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?

Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Deshalb arbeiten wir dafür, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird.

Wir wollen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen gezielt fördern, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes deutlich erhöhen und die Verfahren entbürokratisieren sowie digitalisieren. Wir wollen ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal kinderleicht abgerufen werden können.

Wir setzen uns zudem dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegspatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Durch die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne kann vor allem Jugendlichen aus nichtakademischen Elternhäusern der Weg an die Hochschule geebnet werden.

Das sogenannte „Wechselmodell“ wollen wir zum gesetzlichen Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern machen. Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen. Viele

Eltern möchten die Kinder auch nach der Trennung gemeinsam erziehen. Die Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür schaffen und insbesondere vorsehen, dass Erziehungs- und Unterhaltsverantwortung gemeinschaftlich ausgeübt werden, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht.

Werden Sie auf Bundesebene die Aufhebung der Beschränkungen für Kinder anmahnen und sich für die Aufhebung von Maskenzwang und Testzwang für Kinder einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Das oberste Ziel muss es sein, vollständigen Präsenzunterricht an allen Schulen auch unabhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Um die Schulen pandemiefest zu machen, sollten sie mit wirksamen Luftfiltern ausgestattet werden. Darüber hinaus ist die Anwendung von klugen Hygienekonzepten ein wichtiger Baustein, um den Präsenzbetrieb an Schulen auch bei erneutem Infektionsgeschehen sicherzustellen. Dabei kann auch das Tragen von Masken und das regelmäßige Durchführen von Schnelltests für die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts sinnvoll und notwendig sein.

Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht.

Das Recht auf Bildung kann am besten im Präsenzunterricht verwirklicht werden. Geschlossene Schulen und wochenlanger Distanzunterricht hatten dramatische negative Folgen für die persönliche Entwicklung und psychische Gesundheit unserer Kinder. Gerade Schülerinnen und Schüler aus finanziell benachteiligten Familien wurden während der Lockdowns abgehängt, ihre Zukunftschancen wurden erheblich gefährdet. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass es das oberste Ziel sein muss, Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Infektionsgeschehen zu garantieren. Um die Schulen endlich pandemiefest zu machen, sollten sie mit wirksamen Luftfiltergeräten ausgestattet werden. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung müssen Bund und Länder den Schulen ohne weitere bürokratische Hürden dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Die vollständige Rückkehr zum Präsenzbetrieb an allen Schulen darf nicht länger in Frage stehen.

Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?

Eine Impfpflicht für Kinder und Jugendliche als Zugangsvoraussetzung zu Bildungs- und Freizeitangeboten oder für sonstige Aktivitäten oder eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen im Bildungssektor lehnen wir ausdrücklich ab.

Dennoch bleibt die schnelle und flächendeckende Impfung der Bevölkerung insgesamt die wichtigste Aufgabe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Nicht-Geimpften sollte im Zuge der Impfkampagne aber nicht gedroht werden. Stattdessen sollten bewusst Impfanreize gesetzt und wohnortnahe Impfangebote durch mobile Impfteams geschaffen werden. Eine effektive Informationskampagne könnte dies darüber hinaus ergänzen, um noch mehr Menschen zu erreichen.

Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode Mittel (für Räumlichkeiten und Personal) bereitstellen, dass Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu möglich wird?

Wir Freie Demokraten fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig sind.

Mit unserer Forderung nach mehr Entlastung der Lehrkräfte und der Digitalisierung des Lehren und Lernens durch weitere Investitionen des Bundes in die Schulen verfolgen wir auch das Ziel, das Lernen zu individualisieren und die Lernumgebungen zu verbessern. Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz. Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen soll ganzheitlich gedacht werden – von der Ausstattung bis zur Nutzung. Wir Freie Demokraten fordern einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden.

Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats auch bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung des Grundrechts auf Bildung von Kindern stellen bzw. den Kinderschutzverbänden und den Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in Ihren Empfehlung folgen?

Siehe Antwort zur Frage 5.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V. (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer Fragen und, um mit Ihrem Verband bzw. Ihrer Organisation im inhaltlichen Austausch zu bleiben. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <http://fdp.de/dsgvo-informationen>.

